

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 93 38/39
Telex: 8 86 848 ppbn d

Inhalt

Erwin Horn MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages, fordert die Bundesregierung auf, positiv auf den Vorschlag aus Prag und Ostberlin einzugehen: Bonn muß glaubwürdig sein. Seite 3

Gerd Wartenburg MdB wirft dem Berliner Senator Lummer vor, unter Mithilfe der DDR das Asylrecht auszuhöheln: Zynisches Verhalten. Seite 4

Dr. Anke Martiny MdB klagt die Berufsverbotsaxix in Bayern an: Strauß-Gegner „charakterlich nicht für Schuldienst geeignet“. Seite 5

Dokumentation:

Der SPD-Verkehrspolitiker Georg Bamberg MdB hat den Behindertenbeauftragten der Bundesregierung in einem Brief gebeten, bahnreisenden Behinderten schnell zu helfen. Wortlaut Seite 6

Verlag und Redaktion:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/2/7
5300 Bonn 1, Postfach 12/0408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt. und Versand.

40. Jahrgang / 178

18. September 1985

Den Vorschlag aus Ostberlin und Prag positiv aufnehmen

Ein Bonner „Nein“ würde die Sicherheitspolitik der Bundesregierung unglaubwürdig machen

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Wenn „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ kein Täuschungsversuch im Wahlkampf sein soll, dann muß etwas Konkretes dafür geschehen. Die Regierung Kohl lebt jedoch von Versprechen und tut nichts. Vielmehr läßt die Union die Entspannungspolitik verkommen und verweist die FDP auf eine schwierige Gratwanderung, obwohl das Bündnis sich mit dem Harmel-Bericht von 1967 auf die politische Strategie einer Sicherheitspolitik durch Verteidigung und Entspannung geeinigt hatte. Deshalb sind Impulse in der Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik notwendig. Deshalb hat die SPD sich mit der SED darüber verständigt, wie ein Abkommen über die Abrüstung der chemischen Waffen in beiden deutschen Staaten aussehen könnte, und es ist nur zu begrüßen, daß nun Ostberlin und Prag der Bundesregierung Verhandlungen über den Abbau chemischer Waffen vorgeschlagen haben.

Wir dürfen nicht vergessen, daß im Ersten Weltkrieg so ziemlich jede deutsche Familie direkt oder indirekt von den Folgen des Gaskrieges betroffen war. Voreilige Kritiker des östlichen Vorschlages in der Union müssen daran erinnert werden, daß die Versöhnung mit Frankreich, das Bewegende und Unausprechbare, über den Massengräbern des Gaskrieges, im „Ossuairé“



von Verdun erfolgte. Zu einem solchen Gaskrieg darf es nicht mehr kommen, auch nicht mit unseren östlichen Nachbarn, und wir müssen alles daran setzen, daß diese Waffen aus den Gebieten an der Nahtstelle zwischen Ost und West in Europa entfernt werden.

Dabei ist zu bedenken:

- Einerseits darf und soll der Vorschlag einer chemiewaffenfreien Zone (CWFZ) das Ziel einer weltweiten Abrüstung aller chemischen Waffen, wie sie in der Genfer Abrüstungskonferenz angestrebt wird, nicht gefährden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die DDR ihren Vorschlag auch in Genf eingebracht und klargestellt hat, daß die angestrebte CWFZ in Mitteleuropa eine Signalwirkung, Pilotcharakter, für die weltweite Abschaffung von Giftgas haben soll. Zum Zonenkonzept haben die Vereinten Nationen wiederholt erklärt, daß das Ziel, weltweite Abrüstung, regionale Regelungen nicht verhindern dürfen nach dem Motto: man darf das Gute nicht lassen, weil es etwas Besseres geben könnte.
- Andererseits muß klar sein, daß der zwangsläufig langwierige weltweite Abstimmungsprozeß in Genf uns nicht daran hindern darf, daß in der Waffenkammer Europa aufgeräumt wird, und das schmutzigste Massenvernichtungsmittel allen anderen voran aus den Arsenalen kommt.
- Wer wie die Unionspolitiker Schäuble, Rühle und Berger den Verbleib und die Modernisierung von chemischen Waffen mit der NATO-Strategie und einer begrenzten Fähigkeit zur Repräsentation begründet, hat - wie sich beim Strategie-Hearing im Deutschen Bundestag zeigte - die Augen davor verschlossen, daß zwar die Allianz über die Grundlagen der Verteidigungsstrategie diskutiert, aber die Union sich längst von dieser Anstrengung abgemeldet hat. Die SPD wird nicht zulassen, daß zwar die nukleare Schwelle angehoben, aber eine neuartige chemische Schwelle



tief angesetzt wird. Wir sagen NEIN zu Vorstellungen einer integrierten nuklearen, chemischen und konventionellen Kampfführung, wie in AirLand Battle 2.000. Europa, im Westen wie im Osten, darf nicht in ein militärisches Laboratorium verwandelt werden.

Klar ist, daß der Warschauer Pakt sowohl über mehr chemische Waffen und Einsatzmittel als auch über bessere Schutzvorkehrungen gegen diese Waffen verfügt. Er muß also mehr aufgeben als wir, er muß auf mehr militärische Optionen verzichten.

Das Problem der weltweiten Abrüstung aller chemischen Waffen ist die Verifikation. Die extremen Kontrollforderungen der USA und die sowjetische Ablehnung von Ortsinspektionen bei Militär und Industrie blockieren seit Monaten jeden Fortschritt. Der Vorschlag von DDR und Tschechoslowakei bringt in dieser Frage neue Bewegung. Nachdem der sowjetische Generalsekretär Gorbatschow gegenüber Johannes Rau diesen Vorschlag gutgeheißen hat, wird die Sowjetunion sich in Genf schwer den damit verbundenen Kontrollverfahren - auch Ortsinspektionen - verschließen können.

Die Bundesregierung wäre gut beraten, ihre anfängliche Ablehnungshaltung zu überdenken. Es ist nicht sinnvoll und unseren Bürgern auch nicht zu vermitteln, wenn die Bundesregierung einerseits eine von den USA mitunterzeichnete kernwaffenfreie Zone in Mittelamerika, den Vertrag von Tlatelolco, gutheißt, andererseits aber die Abrüstung der chemischen Waffen beiderseits der innerdeutschen und der deutsch-tschechischen Grenze ablehnen wollte. Der Abbau chemischer Waffen in Europa - notfalls auch einseitig - war schon im Strategie-Hearing des Bundestages militärische Forderung - auch seitens konservativer Sachverständiger. Die Bundesregierung, die ja in allen Phasen der vorangegangenen Gespräche zwischen SPD und SED über chemische Waffen unterrichtet war, wird in der Sicherheitspolitik völlig unglaubwürdig, wenn sie das Angebot aus Ostberlin und Prag nicht positiv aufnimmt und alsbald eigene Sondierungsgespräche führt. (-/18.9.1985/va-he/rs)

+ + +



Zyniker Lummer

Der Berliner (CDU-)Senator höhlt unter Mithilfe der DDR das Asylrecht aus

Von Gerd Wartenberg MdB

Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Ausländerpolitik

In dieser Woche haben die Behörden der DDR über die Tamlen hinaus die Durchreise von Iranern nach West-Berlin gestoppt. Heinrich Lummer hat diese Maßnahmen lauthals bejubelt. Man kann es wohl nur als Zynismus bezeichnen, wenn heute christdemokratische Politiker restriktiven Maßnahmen der DDR zustimmen, wenn man andererseits die DDR pausenlos in Sachen Freizügigkeit verurteilt.

Gerade am Beispiel der Iraner zeigt sich deutlich, daß es sich nicht um die Zurückweisung von Menschen handelt, die das Asylrecht mißbrauchen.

Nach der Praxis der letzten Monate in der Bundesrepublik wären wohl voraussichtlich alle Asylanten anerkannt worden, zumal ein Teil derer, die in Schönefeld zurückgehalten werden, auch amnesty international und dem Hohen Flüchtlingskommissar als politisch verfolgt und als akut gefährdet bekannt sind. Einige werden wahrscheinlich in lebensbedrohliche Situationen zurückgeschickt.

Eine grundsätzliche Zurückweisung aller Asylsuchenden und Flüchtlinge, die kein Visum haben, wird das Asylrecht de facto außer Kraft setzen, da es - wie jedermann wissen dürfte - gerade für wirklich politisch Verfolgte kaum eine Möglichkeit gibt, ein Visum zu bekommen.

Die Bundesregierung und der Senat von Berlin sind aufgefordert, die pauschale Zurückweisung aller Asylsuchenden in dieser Art und Weise nicht weiter zuzulassen. Die jetzige Praxis steht im Widerspruch zum Grundgedanken des Asyls, wie er in der Verfassung verankert ist.

Es ist absolut falsch, daß durch diese Maßnahmen in erster Linie Mißbräuche verhindert werden, da in den letzten Jahren insbesondere asylsuchende Iraner, Tamlen und Äthiopier zu beinahe 90 Prozent anerkannt worden sind.

(-/18.9.1985/vo-he/rs)

+ + +



Bayerische Berufsverbotspraxis

Strauß-Gegner Bitterwolf gilt als „charakterlich nicht geeignet“

Von Dr. Anke Martiny MdB

Das schlimmste, das lehrt uns die Geschichte, ist, sich an Unrechtstatbestände so zu gewöhnen, daß man sie als solche gar nicht mehr wahrnimmt. Dazu gehören die Praxis des Berufsverbots, wie sie immer noch in Bayern „gepflegt“ wird.

Angesichts der jüngsten Entwicklungen im Bundesamt für Verfassungsschutz, die uns wieder einmal sinnvöllig vor Augen führten, wie die Kleinen und die Großen mit unterschiedlichem Maß gemessen werden, dürfen wir nicht nachlassen darin, den Radikalen-Erlaß und die daraus resultierenden Berufsverbote anzuprangern und öffentlich zu machen.

Beispiel: Gerhard Bitterwolf. Unbestritten fachlich zum Lehrer geeignet. Er wurde 1978 nach dem Vorbereitungsdienst nicht weiter beschäftigt, weil er Mitglied der DFU ist und sich für friedliche Koexistenz, Entspannung und Abrüstung einsetzte. Außerdem - Frevel! - weigerte er sich, Kommunisten als Verfassungsfeinde und die bayerische Berufsverbotspraxis gegen sie als verfassungsmäßig geboten zu bezeichnen. Gegen die Ablehnung klagte Bitterwolf und gewann 1982 in erster Instanz.

Die bayerische Regierung kam jedoch der gerichtlichen Aufforderung nach Einstellung nicht nach. Nach weiteren zwei Jahren des Hinhaltens wurde in einem Bescheid seine erneute Ablehnung ergänzt mit „charakterlicher Nichteignung“; er hatte wie viele andere einen Beleidigungsprozeß gegen Bayerns Ministerpräsident Strauß verloren, weil er als verantwortlicher Leiter einer Kundgebung das kurzfristige Zeigen eines - später inkriminierten - Plakates durch einen Teilnehmer geduldet habe.

Völlig klar: Es geht längst nicht mehr um Bitterwolf. Es geht darum, daß eine Staatsregierung nicht Unrecht haben darf. Wo kämen wir hin, wenn tatsächlich zuständige Behörden einmal sagen würden: „Wir haben uns geirrt! Zwar werden wir Dich, Bitterwolf, weiterhin genau beobachten, aber wenn die Gerichte meinen, Du seist kein Verfassungsfeind, dann stellen wir Dich ein.“

Wohin kämen wir wohl? Zur Demokratie?

(-/18.9.1985/vo-ha/rs)

+ + +

DOKUMENTATION

Georg Bamberg: Bahnreisenden Behinderten schnell helfen

Eine grundsätzliche Verbesserung der Eisenbahnanlagen im Sinne der Behinderten in unserem Land hat der SPD-Verkehrsexperte Georg Bamberg MdB in einem Brief an den Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Behinderten, Otto Regenspürger MdB, gefordert. Wir dokumentieren den Brief in Auszügen:

„...Nach einem Bericht der Bundesregierung über die Lage der Behinderten und die Entwicklung der Rehabilitation vom 4. April 1984 sollen bei Neu- und Umbauten von Bahnhofsanlagen die Belange der Behinderten nach Möglichkeit berücksichtigt werden, und zwar durch Verbesserung der Zu- und Abgänge, durch Einbau von Rampen, Aufzügen, Fahrsteigen sowie durch Einrichtung von Informationsstellen. Niedrigere Bahnsteige also 0,38 Meter wird es diesem Bericht von 1984 nach in Zukunft nicht mehr geben; die Beförderung von Rollstuhlfahrern soll besonders berücksichtigt werden.

Die zügige Verwirklichung solcher Absichtserklärungen, der fortschreitende Abbau von Mobilitätshemmnissen also, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Eingliederung behinderter Mitmenschen.

Ich bitte Sie deshalb ebenso herzlich wie dringlich, sich kraft Ihres Amtes für die zügige Verwirklichung dieser Absichtserklärungen einzusetzen. Insbesondere bitte ich um Mitteilung, was die DB bei den im Bericht aufgeführten ortsfesten Eisenbahnanlagen und bei den Zügen an Verbesserungen geleistet hat. Dabei wäre wissenswert,

- ob und in welchem Umfang bei Neubauten und neuangeschafften Wagen die Behindertenbelange berücksichtigt werden;
- ob und gegebenenfalls nach welchem Programm die DB bei den alten Anlagen und mobilen Einrichtungen vorgeht;
- ob auch die Belange der blinden Mitbürger Berücksichtigung finden.

Um eine Übersicht über den derzeitigen Stand der im oben angegebenen Bericht geforderten Maßnahmen zu bekommen, wäre eine Aufstellung wissenswert, die im mobilen Bereich der Verbesserungen im Fern-, Bezirks- und Nahverkehr (IC-, D-, E-, P- und S-Bahnen) prozentual umfaßt und bei den ortsfesten Einrichtungen (Bahnhöfen) eine gegebenenfalls prozentuale Aufgliederung nach den einzelnen Bahnhofskategorien (Großbahnhöfe, wie zum Beispiel München Hbf bis zu den kleinen Bahnhöfen im Nahverkehr) enthält. ...“

(-/17.9.1985/vo-he/rs)

+ + +

